

Position

Ziele brauchen Taten/Zeit zu handeln!

Adressat*innen:

- Landesregierung Rheinland-Pfalz
- Jugendverbände
- SPD Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
- CDU Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
- FDP Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag Rheinland-Pfalz
- (zukünftige) Fraktion FREIE WÄHLER im Landtag Rheinland-Pfalz
- IHK Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz

Wir fordern

Wir fordern die derzeitigen rheinland-pfälzischen Entscheider*innen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zur Übernahme von Verantwortung auf, indem sie ihr Handeln sofort und konsequent an den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und den Klimazielen von Paris ausrichten. Die ökologischen Grenzen unseres Planeten sowie die Orientierung an einem guten und würdigen Leben für alle Menschen müssen die Leitlinie für alle politischen Entscheidungen bilden.

Konkret bedeute dies:

- Die Verankerung der Nachhaltigkeit als Ziel in der Landesverfassung.
- Aufnahme von Nachhaltigkeitskriterien in die entsprechenden Förderpläne/-richtlinien.
- Jede Maßnahme muss daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die Lebenssituation zukünftiger Generationen hat (Jugend- bzw. Klimacheck).
- Eine verbindliche gesetzliche Regelung, die alle öffentlichen Beschaffungsstellen in Rheinland-Pfalz verpflichtet, ökologische und soziale Kriterien entlang der Lieferkette bei der Vergabe einzufordern. (Anpassung des Landestariftreue- und Vergabegesetzes)
- Fortführung und Weiterentwicklung von Beteiligungsformaten wie des Jugendklimaforums.
- Entwicklung und Förderung von Angeboten und Strukturen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowohl im schulischen, wie außerschulischen Bereich.
- Weiterhin Ernstnehmen, Unterstützen, sowie Umsetzen der Forderungen der jungen Menschen, die für ihre Zukunft auf die Straße gehen. Echte und strukturelle Beteiligung an politischen Beteiligungsprozessen, dazu gehört auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. [1]

Wir handeln

Als Jugendverbände sehen wir uns auch selbst in der Pflicht, unseren Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung zu leisten. Deswegen verstärken wir unsere Anstrengungen für eine klimaneutrale Jugendarbeit und integrieren Bildung für nachhaltige Entwicklung als Regelpraxis der Bildungsarbeit. [2]

Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes richten sich die Jugendverbände bei der Durchführung ihrer Angebote sowie der Bewirtschaftung und Unterhaltung ihrer Einrichtungen an den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung aus.

- Als Landesjugendring bemühen wir uns um eine konsequente öko-faire Beschaffung in unserer Geschäftsstelle.
- Bei Veranstaltungen des LJR (VV, Sitzungen, Aktionen) achten wir auf eine Ressourcen- und klimaschonende Durchführung.
- Wir fördern explizit nachhaltige und BNE-Projekte z.B. durch die Jugendsammelwoche.
- In unseren Bildungsveranstaltungen motivieren wir junge Menschen über klimafreundliches Verhalten nachzudenken und befähigen sie, in Veränderungsprozesse einzusteigen.

Wir sind überzeugt

Das Grundgesetz beschreibt einen klaren Handlungsauftrag für die Politik: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ (GG der BRD, Artikel 20a)

Junge Menschen sehen aber bei den Verantwortlichen ein klares Defizit in der Umsetzung ihres Auftrags^[3] und gehen auch deswegen auf die Straße, um die Politiker*innen an ihre Verantwortung zu erinnern. ^[4]

Zudem gibt es seit 2015 einen von den Vereinten Nationen beschlossenen Referenzrahmen für eine nachhaltige Entwicklung, für Generationen- und Klimagerechtigkeit: die Agenda 2030, die mit ihren 17 globalen Zielen (SDGs) die Richtung vorgibt und mit der Verpflichtung, „niemanden zurück zu lassen“, auf die Notwendigkeit hinweist, sich immer auch der mit nachhaltiger Entwicklung verbundenen sozialen und Gerechtigkeitsfrage anzunehmen.

Für die junge Generation ist es wichtig, dass es allen Menschen möglich ist, ein nachhaltiges und gutes Leben zu führen. ^[5]

Auch die von der überwältigenden Mehrheit der Wissenschaftler*innen anerkannten Fakten liegen auf dem Tisch. Es ist genug geredet worden, wir finden: Es ist an der Zeit mutig zu handeln! Es geht jetzt um die zukünftigen Lebensbedingungen der jungen Generation!

[1] „Wir kritisieren, dass der Protest der Kinder und Jugendlichen nicht ausreichend ernst genommen wird. Der jungen Generation wird ihre notwendige Expertise abgesprochen. Junge Menschen wollen und können ihre Zukunft selbst gestalten. Sie übernehmen Verantwortung. Sie wollen die Politik zum Handeln bewegen. Wer die Mitwirkung junger Menschen in einem demokratischen Staat und einer demokratischen Gesellschaft in Frage stellt, beweist ein mehr als fragwürdiges Demokratieverständnis.“ (DBJR 2019)

„Nicht zuletzt aber auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit können politische Entscheidungen, die die Lebensrealität junger Generationen nachhaltig beeinflussen, nicht ohne sie getroffen werden.“ (DBJR 2019 Stadt)

[2] „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) fördert Dialogfähigkeit und Orientierungswissen, kreatives und kritisches Denken sowie ein ganzheitliches Lernen unter Berücksichtigung religiöser Orientierung und

kultureller Werte. Sie zielt auf die Bereitschaft, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, mit Unsicherheiten und Widersprüchen umzugehen, Probleme zu lösen und an der Gestaltung einer demokratischen und kulturell vielfältigen Gesellschaft mitzuwirken.“

<https://www.bne-portal.de/de/nationaler-aktionsplan/bildung-f%C3%BCr-nachhaltige-entwicklung-bis-2030>

[3] Zukunft? Jugend fragen. BMU 2020, S.29

[4] „Die „Fridays for Future“-Schulstreiks zeigen deutlich, dass junge Menschen ihre Rechte auf der Straße einfordern und sich für mehr Beteiligung und einen gesellschaftlichen Wandel stark machen. Die junge Generation erfüllt mit dem Protest ihre Rolle: Sie ist unbequem und trägt der Politik und Gesellschaft gegenüber die eigenen Interessen und Fragen offen vor.“ (DBJR 2019)

[5] Zukunft? Jugend fragen, BMU 2020, S.37

Mit vier Enthaltungen beschlossen durch die 114. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 24. April 2021.